59. Jahrgang No. 309

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 5. Juli 1911

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gr.-Berlin: 20 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 5 Pf. das fette Ueberschriftwort 15 Pf. Redaktion und Hauptexpedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Tel.: Amt I. Nr. 10131-10148.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1-4, Frankfurter Allee 61-62, Gr.-Frankfurterstr. 81 und 87, Franzlauer Allee 34, Schönhauserdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Badstr. 55, Kühlgrenzstr. 56-57, Rosenthalerstr. 46, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 35, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 34, Scharnhorststr. 39; Frankfurt a. O., Breitestr. 39; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 36; Gr.-Lichterfelde W.: Carlstr. 1-2; Halensee-Grunewald: Hohenzollernpl. 1; Rixdorf: Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 125; Pankow: Borkumerstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstr. 155, Martin Luther-Str. 9; Tegel: Berlinerstr. 20; Weissensee: Berliner Allee 52; Wilmersdorf: Uhlandstr. 96—99.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Landrat als Schulinspektor.

Das Verordnungsblatt der königlichen Regierung zu Frankfurt a. O. (3. Reihe, Stück 15) enthält nachstehende Verfügung:

„Zur Beseitigung von Zweifeln weisen wir darauf hin, daß die Herren Landräte in ihrer Eigenschaft als unsere ständigen Beauftragten befugt sind, nicht nur von den äußeren Verhältnissen der Schulen, sondern auch von der Art der Unterrichtserteilung Kenntnis zu nehmen. (!) Es ist erwünscht, daß sie von dieser Befugnis durch Besuch des Unterrichts häufig Gebrauch machen. Wir versprechen uns besonders eine wesentliche Belebung ihres Interesses für das Schulwesen überhaupt und für diejenigen Schulen ihres Kreises insbesondere, deren Ausstattung und Einrichtung den heute zu stellenden Anforderungen noch nicht entspricht. Wenn Mißstände in den inneren Verhältnissen einer Schule wahrgenommen werden, so ist deren Abstellung unter Abstandnahme von persönlichem Eingreifen bei dem Herrn Kreisschulinspektor in Anregung zu bringen. Liegen die zutreffenden Maßnahmen außerhalb der Zuständigkeit der Kreisbehörden, so ist an uns zu berichten.
v. Schwerin. (3.-Nr. II, S. 5008).

Anscheinend haben die Lehrer noch nicht genug Aufsichtsbeamte, die sie kontrollieren und ihnen sagen, wie es „zu machen" ist. Welch eine stattliche Reihe von Inspektoren aller Art hat doch die preußische Schule und ihre Lehrerschaft! Da sind die geistlichen Ortsschulinspektoren, da sind die Rektoren- (Hauptlehrer-), Kreisschulinspektoren, Stadt-, Regierungs-, Oberregierungs- und Provinzialschulräte, die Ministerialinstanz, dazu besondere „Fachinspektoren" als da sind Religions-, Turn-, Zeicheninspektoren, Inspizientinnen für Handarbeitsunterricht, vielleicht bald auch Gesangsinspektoren. Auch Bürgermeister und Oberbürgermeister sind als Vorgesetzte zu achten. Nun noch Landräte als Beurteiler der „Art der Unterrichtserteilung!" Was würden die Landräte dazu sagen, wenn ein Lehrer damit beauftragt würde, auf den Landratsämtern nach dem Rechten zu sehen und die Tätigkeit des Landrats häufig zu kontrollieren?

Man hört in Preußen, dem Lande der blau-schwarzen Blockmehrheit, sonst immer das Lied von den „überbürdeten Landräten". Es scheint aber nicht zu arg mit der „Ueberbürdung" zu sein, sonst würde man den Herrn des Kreises nicht noch zum Beurteiler der unterrichtlichen Tätigkeit des Lehres machen. Zu welchen Lehrern wohl der Herr Landrat künftig besonders gern „inspizieren" gehen mag? Von dem Unterricht selbst wird er als Nichtfachmann natürlich nicht ein allgroßes fachliches Verständnis haben. Aber es soll Lehrer geben, die sich politisch liberal betätigen. Ob nicht diese als „unbequem" oder gar als politischer „Irrlehren" verdächtig angesehen werden und daher häufigen Landratsbesuch bekommen? Wie, wenn ähnlich den orthodoxen Predigtschnüfflern sich auch in der orthodoxen und konservativen Bevölkerung „Schulschnüffler" etablieren und eine Denunziation eines „liberalen" Lehrers ins Landratsamt befördern, damit er einem ähnlichen Ketzergericht wie Jatho ausgeliefert werde?

Wie sich das „Interesse" der Landräte für nicht zeitgemäße „Ausstattungen und Einrichtungen" der Schulen ihres Kreises „beleben" wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls darf man wohl in der neuen Verfügung der Frankfurter Regierung schon den Weg erkennen, den die künftige Verwaltungsreform in Schulfragen zu gehen gedenkt. Der Lehrer, die Schule, die Bevölkerung, sie haben davon nichts für sich zu erwarten.

Gegen den ungekrönten König,

den Herrn von Klein-Tschunkawe, greift jetzt bereits die Rebellion im eigenen konservativen Lager um sich. Die gut konservative „Schlesische Zeitung" betont mit großer Schärfe, daß die Politik der konservativen Fraktion unter der Führung Herrn v. Heydebrands in der letzten Zeit vielfach gegen die konservative Weltanschauung gerichtet gewesen sei.

„Es sei ganz besonders an den Verlauf der Beratungen über das Pflichtfortbildungsschulgesetz erinnert, das dringend notwendig war und von den Konservativen, die dieser Frage ihre volle Unterstützung hätten zuwenden müssen, gerettet werden konnte. Erst aber ließen sie sich den Verzicht auf den wirklich in diese Schulen nicht hineingehörigen Religionsunterricht mühsam abringen, und dann ließen sie das Gesetz doch noch an der Hereinziehung des Kultusministeriums scheitern, die, mag man über ihre Zweckmäßigkeit denken, wie man will, doch keinesfalls so wichtig war, daß man darüber das ganze Gesetz opfern durfte.

Auch bei der Feuerbestattung ist die Annahme der Vorlage nur dadurch möglich gewesen, daß eine Minderheit der Konservativen sich von dem Gros ihrer Parteigenossen getrennt und ohne Rücksicht auf persönliche Neigung oder Abneigung für oder gegen diese Bestattungsart dem heute nun einmal tatsächlich vorhandenen Bedürfnis nicht ängstlich die preußischen Grenzen verschlossen, sondern ihm unter Wahrung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln Befriedigung gewährt hat."

Die „Schles. Ztg." weist Herrn v. Heydebrand nach, daß bei seiner Taktik die Konservativen dadurch außerstand gesetzt werden, auch nur noch in dem für sie wichtigsten Kampf gegen die Agitation für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen noch dauernd mit Erfolg sich zu wehren:

„Wenn wir dieser Agitation dauernd und mit Erfolg den notwendigen Widerstand leisten wollen, dann bedarf die konservative Partei nicht nur einer energischen und geschickten Führung, sondern auch eines unverminderten Rückhalts in der Wählerschaft in möglichst weitem Umfange, der nur durch eine großzügige, modernen Empfindungen gerecht werdende Politik und durch eine verständnisvolle Sammlung aller irgendwie erreichbaren Elemente zu erreichen ist. Mit Redensarten, wie sie Herr v. Pappenheim in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses beliebt hat, der der Opposition gegen die Geschäftsführung des Präsidenten zurief, die ganze Linke stehe unter der geistigen Führung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann, reizt man die Mittelparteien, statt zum mindesten ihre rechtsstehenden, den Konservativen freundnachbarlichen Mitglieder zu gewinnen oder festzuhalten."

Selbst die Heydebrandsche Wahlparole wird von der konservativen „Schlesischen Zeitung" verworfen. Wie tief der „ungekrönte König von Preußen" die Konservativen durch seine reaktionäre Va-banque-Politik ins Elend hineinreitet, das werden die nächsten Reichstagswahlen zeigen, bei denen das deutsche Volk gründlich mit der Junkerwirtschaft abrechnen wird.

Kurze Chronik.

Der Kaiser beabsichtigte gestern abend, heute früh 4 Uhr die Nordlandreise anzutreten.

* Der Präsident Fallières ist gestern zum Besuch am niederländischen Hofe in Amsterdam eingetroffen.

* In verschiedenen englischen Häfen hat der Streik der Hafenarbeiter neue Nahrung gewonnen; in Manchester kam es zu einem Zusammenstoß der Streikenden mit Polizei und Militär.

* Die montenegrinische Regierung hat 7000 Mann Truppen an die türkische Grenze geschickt, um dort die Miliz abzulösen.

* Durch die Hitzwelle in Nordamerika sind mehrere hundert Personen umgekommen. Die Temperatur erreichte mehr als 48 Grad Celsius.

* Näheres im Text des Blattes.

Neue Hafenarbeiterunruhen in England.

(Telegraphische Berichte.)

London, 4. Juli.

Während der Ausstand in Hull, Liverpool, Grimsby und Belfast durch Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaftler vollständig beendigt zu sein scheint, ist die Beilegung des Streiks in Manchester nur teilweise und die Lage in Southshields, Glasgow und Leith noch ungeklärt.

London, 4. Juli.

Die ausständigen Hafenarbeiter verursachten in Manchester große Unruhe dadurch, daß sie die Beförderung der Waren auf die Märkte zu verhindern suchten. Es kam zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei, die sich Militär zur Hilfe holte, um die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

London, 4. Juli.

In den Hafenbassins von Surrey ruht die Arbeit vollständig wegen der Unzufriedenheit der Hafenarbeiter. Verschiedene große Schiffe, deren Ausreise auf heute morgen festgesetzt war, wurden aufgehalten, während andere, die mit voller Ladung angekommen waren, nicht gelöscht werden konnten.

Liverpool, 4. Juli.

Obwohl der Streik als beendet angesehen werden kann, sind noch nicht alle Differenzen behoben. Eine Abteilung der Hafenarbeiter, die für die Schiffe der Canadian Pacific Railway angeworben war, trat heute wieder in den Ausstand mit der Begründung, daß die Gesellschaft die vereinbarten Bedingungen nicht erfüllt habe. Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen haben begonnen. Die Schiedsmannschaften sind ebenfalls noch im Ausstande wegen kleiner Differenzen. Im allgemeinen jedoch wickelt sich der Hafenverkehr glatt ab.

London, 4. Juli.

Die meisten Hafenarbeiter haben in Hull die Arbeit wieder aufgenommen; nur gegen 1000 Getreidearbeiter und gegen 1000 Kohlentrimmer haben die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert, da sie das gestrige Uebereinkommen für ungenügend erklären. Auch die Müller befinden sich noch im Ausstande; sie verlangen Anerkennung ihres Verbandes sowie eine sofortige Lohnerhöhung.

Manchester, 4. Juli.

Die Polizeimannschaften, die mit Waren beladene Wagen begleiteten, wurden von den Ausständigen mit Steinen beworfen, mehrere Beamten wurden verletzt. Der Handelsverkehr ist zum Stillstand gekommen, und leicht verderbliche Produkte aller Art sind in Gefahr, verloren zu gehen.

Keine Einheitsschule in Hessen. Wie uns ein Telegramm aus Darmstadt meldet, hat die zweite Kammer gestern nach mehrstündiger Beratung die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung einer nationalen Einheitsschule, die für alle Schüler obligatorisch sein sollte, abgelehnt.

Berlin, nicht der Panther.

Die im Abendblatt von uns gemeldete Ablösung des Panther durch den kleinen Kreuzer Berlin vor Agadir hat, abgesehen von der plötzlichen Reparaturbedürftigkeit des Panthers, natürlich den Zweck, ein stärkeres und größeres Schiff an Ort und Stelle zur Verfügung zu haben. Das imponiert mehr. Natürlich wird dieser durch die deutsche Regierung verfügte Auswechselung neue Kommentare in der in- und ausländischen Presse im Gefolge haben.

Der Kreuzer Berlin gehört zur Klasse der kleinen (geschützten) Kreuzer; sein Stapellauf erfolgte 1903. Die Wasserverdrängung beträgt 3250 Tons, die Geschwindigkeit über 25 Knoten; die Besatzung ist 286 Mann stark. Das Schiff ist bestückt mit zehn 10,5 Zentimeter Schnellfeuerkanonen, zehn 3.7 Zentimeter Maschinenkanonen, 48 Millimeter Maschinengewehren; es hat zwei Torpedorohre. Kommandant ist Korvettenkapitän Löhlein.

Die Diplomatie am Werk.

In den europäischen Kabinetten geht es zurzeit sehr lebendig zu, aber man hüllt sich noch in den Schleier des Geheimnisses. Uns wird telegraphisch gemeldet:

Paris, 4. Juli.

Im Ministerrat hielten die Minister eine allgemeine Besprechung über die innere und äußere politische Lage ab. Nach Schluß der Sitzung empfing Ministerpräsident Caillaux den Besuch des italienischen Botschafters Tittoni.

Paris, 4. Juli. (Privat-Telegramm.)

Der „Matin" will wissen, daß der englische Minister des Aeußern dem französischen Botschafter gestern die unbedingte Unterstützung Englands zusicherte. England sei der Meinung, daß der Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes vor Agadir keine allzugroße Bedeutung beigemessen werden dürfe, solange sie zeitlich begrenzt sei. Das „Journal" betont jedoch, daß die englischen Liberalen, die gegenwärtig die Regierung bilden, jeden Konflikt mit Deutschland aus dem Wege gehen, und daß andererseits in Marokko ein Widerspruch zwischen den Interessen Frankreichs und denjenigen Spaniens bestehe, so daß man auch in Frankreich nicht unbedingt auf die Sympathie der englischen Regierung rechnen solle. Frankreich werde am besten tun, wenn es als Unterlage für eine Aussprache mit Deutschland lediglich das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909 nehme.

Paris, 4. Juli.

In der Deputiertenkammer erklärte im Laufe der Sitzung heute nachmittag Präsident Brisson, er habe von den Deputierten Pourquery de Boisserin, Jaurès und Baillant Interpellationsanträge, betreffend die deutsche Demonstration in Marokko erhalten. Ministerpräsident Caillaux erklärte, da der Minister des Aeußern abwesend sei, könne ein Zeitpunkt für diese Interpellationen nicht festgesetzt werden, falls die Regierung sie annehme, bevor der Minister zurückgekehrt sei. Die Festsetzung des Zeitpunktes wurde darauf vertagt.

Das vorsichtige England.

London, 4. Juli.

Im Unterhause fragte heute Balfour den Ministerpräsidenten, ob es im öffentlichen Interesse möglich sei, eine Mitteilung über Marokko zu machen. Asquith erwiderte: Die Angelegenheit, auf die Balfour hinweist, zieht, das brauche ich nicht erst zu sagen, die ernste Aufmerksamkeit der Regierung auf sich. Diplomatische Mitteilungen werden in diesem Augenblick ausgetauscht; ich glaube aber nicht, daß es angebracht wäre, im gegenwärtigen Augenblick mehr zu sagen.

Der Liberale David Mason fragte an, ob nicht nach Artikel 8 der Algecirasakte der Generalinspekteur dem diplomatischen Korps darüber zu berichten habe, welche wirksamen Maßregeln zum Schutze von Leben und Eigentum der Fremden zu ergreifen seien, und ob nicht nach Artikel 9 der Akte das diplomatische Korps, im Falle, daß Beschwerden erhoben würden, den Generalinspekteur ersuchen könne, Erhebungen anzustellen und einen Bericht anzufertigen, endlich, ob irgendwelche derartigen Beschwerden erhoben worden seien. Asquith erwiderte: Dies ist keine Anfrage, die ohne vorherige Ankündigung gestellt werden sollte. Wenn Mason sie schriftlich vorlegen will, so werden Erhebungen darüber angestellt werden.

*

Das Interesse Oesterreich-Ungarns.

Wien, 4. Juli.

Das morgige „Fremdenblatt" gibt den Inhalt der deutschen Note wieder, die am 1. dieses Monats sämtlichen Signatarmächten der Algecirasakte übermittelt wurde und schreibt sodann:

Bekanntlich hatten sich zuerst die französische Republik, dann Spanien zu Interventionen im Innern Marokkos veranlaßt gesehen, welche mit der Gefährdung nationaler Interessen durch herrschende Unruhen und Kämpfe begründet und von Erklärungen begleitet wurden, durch die sich sowohl die französische wie auch die spanische Regierung zur Wahrung der in der Algecirasakte festgelegten Grundsätze bei ihren Aktionen ausdrücklich bekannte. Indem Oesterreich-Ungarn dieser Versicherung Vertrauen schenkt, hat es sich auf eine abwartende Haltung beschränkt und sieht auch vorläufig keinen Anlaß, aus derselben hervorzutreten. Selbstverständlich verfolgt Oesterreich-Ungarn mit Sympathie den jüngsten Schritt der deutschen Regierung, welche sich bei dem Unternehmen nicht nur auf das Beispiel Frank-